

Plattform für ein handlungsfähiges Hessen

Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat erneut gezeigt, dass es eines handlungsfähigen, demokratischen und sozialen Staates bedarf. Denn der Finanzmarkt muss in seine Schranken gewiesen werden. Ebenso muss der zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegen gewirkt werden. Doch das Gegenteil geschieht.

In den vergangenen Jahren haben die politisch Verantwortlichen auf Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verzichtet. Nicht zuletzt durch Steuergeschenke an große Unternehmen, Reiche und Vermögende wurde dem Staat eine solide Einnahmehasis entzogen. Dabei wurden insbesondere die Spielräume der Bundesländer sowie der Städte und Gemeinden erheblich eingeengt.

Obwohl die öffentliche Hand in einem bisher ungekannten Ausmaß zum Ausfallbürgen von Finanzjongleuren wurde, verzichten die politisch Verantwortlichen selbst auf eine angemessene Beteiligung der Banken an diesen Kosten. Der Staat, der sich aus vermeintlichen Sachzwängen selbst arm macht, vernachlässigt seine Aufgaben in den Bereichen Bildung, Soziales, öffentliche Infrastruktur, Sicherheit und Erneuerbare Energien. Die kommunale Ebene wird zusätzlich geschwächt, indem ihr immer mehr Pflichtaufgaben zugewiesen werden, während man ihr gleichzeitig Geldmittel entzieht.

Diese falsche Politik gefährdet die Handlungsfähigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens. Die öffentliche Hand kann ihre Aufgaben immer weniger erfüllen und soll gezwungen werden, immer mehr Aufgaben zu privatisieren. Es werden lediglich neue, teure Renditeobjekte für Banken und Investoren entstehen. Zur Durchsetzung dieser Politik versucht man ältere und jüngere Menschen gegeneinander auszuspielen und scheut vor dem Missbrauch von Begriffen wie ‚Generationengerechtigkeit‘ nicht zurück.

Mit der Abstimmung über ein sogenanntes Verschuldungsverbot in der Hessischen Landesverfassung soll die Bevölkerung einen Blankoscheck für diese Politik des Aushungerns der öffentlichen Hand, des Sozialabbaus und Privatisierens ausstellen.

Dazu sagen wir NEIN und fordern die hessischen Bürgerinnen und Bürger auf, die geplante Verfassungsänderung abzulehnen.

Wir wollen die Gegenwart und die Zukunft aller Generationen sichern:

- Wir wollen echte Generationengerechtigkeit durch eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Politik.
- Wir wollen demokratische Entscheidungen und Handlungsmöglichkeiten statt Schuldendiktat.
- Wir wollen in einem sozialen und nachhaltig finanzierten Gemeinwesen leben, in dem Steuern in angemessenem Umfang und nach Leistungsfähigkeit – also sozial gerecht – erhoben werden.
- Wir wollen einen Staat, der auch seiner globalen Verantwortung gerecht wird.

Wir stehen vor wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die eine nachhaltige Finanzpolitik erfordern. Dafür brauchen wir:

- Gerechte Steuern – starke Schultern müssen mehr tragen als Schwache
- Starke und gut ausgestattete Länder und Kommunen
- Ein Ende der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und des Ausverkaufs öffentlichen Eigentums
- Einen Staat, der weiterhin die Möglichkeit hat, gesellschaftlich sinnvolle Investitionen auch durch Kredite finanzieren zu können

Daher haben wir die Plattform „**Für ein handlungsfähiges Hessen**“ gegründet. Wir rufen die hessische Bevölkerung auf, bei der Volksabstimmung am 27. März für ein handlungsfähiges Hessen zu stimmen.

Deshalb: NEIN zur Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung